

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 07.02.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:29 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Herr Henning Jenzen - BIBS

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für
Herrn Dr. Burkhard Wiegel

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Gäste

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III
Frau Michaela Springhorn - FBL 65
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Frau Katharina Stoschek - FB 66, AbtL 66.4
Frau Kerstin Müller - FB 66, StL 66.23
Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Frau Tanja Hellermann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Uwe Jordan - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE entschuldigt

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.01.2017
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Installation eines autark betriebenen Musterlichtpunktes durch die Braunschweiger Versorgungs-AG (BVAG) 16-03503
- 4 Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Abschnittsbildung - 16-02889
- 5 Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung 16-03076
- 6 Anfragen
- 6.1 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.01.2017 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

8 / 0 / 1

3. Mitteilungen

3.1. Installation eines autark betriebenen Musterlichtpunktes durch die Braunschweiger Versorgungs-AG (BVAG) 16-03503

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Ratsherr Jenzen nimmt ab 15:04 Uhr an der Sitzung teil.

4. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen - Abschnittsbildung - 16-02889

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Für die Erneuerung der Siegmundstraße zwischen Mittelweg und Freyastraße (nördliche Einmündung) wird gemäß § 3 Abs. 1 und § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) der Stadt Braunschweig vom 11.05.2010 in der jetzt geltenden Fassung die Abschnittsbildung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 1

5. Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung 16-03076

Stadtbaurat Leuer stellt das Gesamtkonzept vor.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, dass es um den Sicherheitsaspekt und nicht um ‚Abzocke‘ gehe. Die Abstimmung der Standorte mit der Polizei sei richtig und wichtig; insbesondere solle sichergestellt werden, dass die Polizei sich aufgrund der städtischen Geschwindigkeitsüberwachung nicht zurückziehe, sondern ihre Messungen an entsprechend weiteren Stellen vornehme. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag um die jährliche Evaluation nach Umsetzung der Variante B zu erweitern.

Ratsherr Lehmann fragt, ob die „gefühlte“ Notwendigkeit der Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung mit konkreten Zahlen belegt werden könne. Stadtbaurat Leuer verweist hierzu auf die vorhandenen Geschwindigkeitsprofile. Die vorgeschlagene Form der Ausweitung der Überwachung stelle einen angemessenen Baustein zur weiteren Verringerung der Unfallzahlen und Erhöhung der Verkehrssicherheit dar. Herr Benscheidt ergänzt aus den Abstimmungen mit der Polizei, dass überhöhte Geschwindigkeit eine Unfallursache im Gesamtgefüge des stadtweiten Unfallgeschehens sei.

Ratsherr Jenzen bemängelt ebenfalls die fehlende Datenbasis des Konzepts; der Vorwurf der ‚Abzocke‘ stehe seiner Ansicht nach weiterhin im Raum. Das Konzept sei insofern nicht schlüssig.

Ratsherr Scherf erklärt, dass Analysen zur voraussichtlichen Verringerung der Zahl an Unfallverletzten und -toten fehlten; der insofern festzustellende Nutzen des Konzepts sei dessen Aufwand gegenüberzustellen.

Bürgermitglied Nordheim gibt zu bedenken, dass es durch überhöhte Geschwindigkeit bereits viele Gefährdungssituationen vor dem ‚worst case‘ Unfall gebe; insofern seien nicht nur die konkreten Unfallzahlen entscheidend. Er kritisiert den Ausschluss der Rotlichtüberwachung.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt das von der Verwaltung vorgelegte Konzept, bedauert jedoch ebenfalls den Ausschluss der Rotlichtüberwachung. Sie regt in diesem Zusammenhang eine Rotlichtüberwachung ohne Ahndung zu Analyse-Zwecken an. Zum Punkt Rotlichtüberwachung werde getrennte Abstimmung beantragt. Zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung stelle sich die Frage, wie sich die angekündigten zeitweisen Messungen abends und am Wochenende konkret darstellten. Es bestehe der Wunsch, dass die Überwachung länger und insbesondere auch in den Abendstunden durchgeführt werde. Insgesamt solle die dargestellte Variante C nach eingehender Evaluierung der Umsetzung der Varianten A und B perspektivisch weiterhin in Betracht gezogen werden. In Bezug auf die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung bittet Ratsfrau Jalyschko, die Ergebnisse der Standort-Untersuchungen Wolfenbütteler Straße, Gifhorner Straße und Berliner Straße zumindest ratsintern zu veröffentlichen.

Ratsherr Bader begrüßt das vorgelegte Konzept ebenfalls und betont den präventiven Aspekt. Eine Kommune müsse insofern handlungsfähig sein und auch Handlungsfähigkeit zeigen. Dies werde mit dem Konzept erreicht. Die SPD-Fraktion stimme vollumfänglich zu.

Stadtbaurat Leuer nimmt zu dem Vorbringen der Ausschussmitglieder zusammengefasst Stellung und bestätigt den dem Konzept zugrundeliegenden präventiven Gedanken. Da keine flächendeckenden Messungen erfolgten, sei eine Orientierung an den Unfallhäufungsstellen sinnvoll. Allerdings werde hierdurch auch ein Effekt für das gesamte Straßennetz erwartet. Zum jetzigen Zeitpunkt werde die Variante B als angemessene Handlungsalternative vorgeschlagen. Damit sei die Variante C jedoch nicht ausgeschlossen, sondern stelle je nach Entwicklung eine mögliche künftige Option dar. Es werde jeweils so viel gemessen, wie es mit der entsprechenden Personalausstattung möglich sei; dies umfasse in angemessenem Umfang auch die Abend- und Wochenend-Zeiten. Die gewünschte Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse sei grundsätzlich möglich. In Bezug auf den Ausschluss der Rotlichtüberwachung sei in Abstimmung mit der Polizei abgewogen worden, dass die begrenzten Ressourcen derzeit am sinnvollsten im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung eingesetzt seien; künftige Anpassungen seien damit jedoch nicht ausgeschlossen. Konkrete Prognosen zur Verringerung der Unfalltoten seien nicht möglich; grundsätzlich sinke mit geringerer Geschwindigkeit jedoch das Unfallrisiko. Stadtbaurat Leuer ruft in Erinnerung, dass das Konzept aufgrund eines entsprechenden Ratsauftrags entwickelt und vorgelegt worden sei.

Herr Benscheidt weist zur Rotlichtüberwachung ergänzend darauf hin, dass seitens der Stadt keine Anhaltebefugnis bestehe. In der Gesamtabwägung und nach den Erfahrungen anderer Kommunen stelle die Geschwindigkeitsüberwachung gegenüber der stationären Rotlichtüberwachung den sinnvollerlen Schwerpunkt dar. Ein weiterer wichtiger Baustein des Kon-

zepts sei der Einsatz von Geschwindigkeitsmessdisplays.

Ratsherr Kühn dankt der Verwaltung für den umfangreichen und seines Erachtens inhaltlich guten Vorschlag zur Umsetzung des Ratsauftrags. Er erinnert daran, dass neben der Verkehrssicherheit auch der Aspekt Lärminderung dem Ratsbeschluss zugrunde lag. Der Vorwurf der ‚Abzocke‘ sei aus seiner Sicht nicht gegeben. Die Variante C könnte je nach Entwicklung in einigen Jahren perspektivisch eine mögliche Option darstellen. Ratsherr Kühn unterstreicht die Wichtigkeit mobiler Messungen. Im Bereich der Rotlichtüberwachung sehe er verstärkt die Polizei.

Bürgermitglied Pohler erklärt, dass ihm in dem Konzept der präventive Gesamtansatz fehle, und nennt als Beispiel die ‚Runter vom Gas‘-Plakate an Autobahnen. In Bezug auf den generellen Sicherheitsaspekt seien mehr Kräfte im Zentralen Ordnungsdienst erforderlich. Der Raser-Szene werde durch Geschwindigkeitsmessungen nur bedingt entgegengetreten; effektiv sei der Führerschein-Entzug.

Ratsherr Sommerfeld erinnert daran, dass die Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung eigentlich eine Landesaufgabe sei. Davon abgesehen seien die Sache an sich und der Verwaltungsvorschlag sinnvoll. Er zitiert aus der Unfallstatistik 2015 der Polizeidirektion Braunschweig zu der Anzahl und Schwere der Unfälle sowie den Hauptunfallursachen. Von diesen sei ausschließlich der Faktor überhöhte bzw. nicht-anangepasste Geschwindigkeit regulierend beeinflussbar. Das vorgeschlagene Vorgehen werde daher befürwortet.

Ratsherr Manlik warnt davor, sich dem ‚Abzocke‘-Vorwurf durch unverhältnismäßige Messungen auszusetzen; die Verwaltung müsse das Übermaßverbot beachten. Das Gleichgewicht zwischen Prävention und Kontrolle müsse gehalten werden.

Ratsherr Lehmann fragt, ob die Verwaltung regelmäßig prüfe, ob sich getroffene Regelungen, wie z.B. die Einrichtung einer Tempo 30-Zone, bewährt haben. Entsprechendes gelte für die Prüfung der Möglichkeit, auf Ausfallstraßen ohne wesentliches Gefährdungspotential z.B. Tempo 60 im Sinne des Verkehrsflusses zuzulassen. Ratsherr Lehmann thematisiert weiterhin den Gewöhnungseffekt stationärer Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen sowie für den Fall der dauerhaften Beibehaltung der Variante B deren fehlende Kostendeckung.

Ratsherr Scherf erneuert seine Forderung nach der Darlegung der erwarteten Auswirkungen auf die Unfallzahlen, insbesondere die Personenschäden, sowie die Lärmreduzierung. Erst hiermit könnten die einzelnen Varianten des Konzepts sachgerecht beurteilt werden.

Die Ausschussmitglieder erörtern im Folgenden nochmals eingehend den Aspekt ‚Abzocke‘, der ganz überwiegend nicht gesehen wird.

Ratsherr Köster bittet die Verwaltung, dahingehend auf die Polizei einzuwirken, dass diese sich aufgrund der städtischen Geschwindigkeitsüberwachung nicht zurückziehe, sondern die insofern frei gewordenen Kapazitäten z.B. im Bereich der Rotlichtüberwachung einsetze.

Ratsherr Kühn weist darauf hin, dass mit einem geringeren Geschwindigkeitsniveau grundsätzlich auch eine Lärmreduzierung und geringere Unfall-Auswirkungen verbunden seien. Die Notwendigkeit, diesen generellen Zusammenhang vorab mit konkreten Zahlen zu beleben, sehe er nicht. In der Gesamtabwägung sei die vorgeschlagene Variante B die sinnvollste; die SPD-Fraktion werde dem Konzept wie vorgelegt zustimmen.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass die Stadt bzgl. der Messungen sowie der Rotlichtüberwachung in Kontakt mit der Polizei bleiben werde. Die an der Autobahn sinnvollen ‚Runter vom Gas‘-Plakate seien für das Stadtgebiet nur bedingt geeignet; hier greife eher die Gestaltung der Straßen entsprechend der vorgeschriebenen Geschwindigkeit. In Bezug auf den Lärm-Aspekt seien die angeordnete Geschwindigkeit und deren Überwachung gemeinsam zu sehen; zur nachhaltigen Geschwindigkeitsreduzierung, so dass auch eine Lärminderung eintrete, seien Messungen erforderlich. Die Überprüfung ergangener verkehrsbehördlicher Anordnungen erfolge im Rahmen der Möglichkeiten, insbesondere auch durch Verkehrsschau-

en und aufgrund von Hinweisen oder Beschwerden der Verkehrsteilnehmer. Der mit statio-nären Messanlagen verbundene Gewöhnungseffekt sei in der Kalkulation berücksichtigt.

Der Beschlussvorschlag wird um den folgenden Satz ergänzt:

„Nach Umsetzung der Variante B erfolgt am Ende jedes Jahres eine Evaluation der tatsächlichen Entwicklung der Verkehrsüberwachung.“

Stadtbaudirektor Leuer sagt zu, dass auf Wunsch der Politik auch unabhängig von der Variante B bereits vorab Berichte zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung erfolgen können.

Die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags werden getrennt abgestimmt.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat; geändert beschlossene Fassung):

„1. Die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung in Braunschweig wird nach der in der Anlage 3 dargestellten Variante B ausgeweitet. Im Jahr 2017 wird zunächst mit der Umsetzung der in Anlage 2 dargestellten Variante A begonnen. Darauf aufbauend folgt die weitere Umsetzung der Variante B schrittweise ab dem Jahr 2018.

2. Eine kommunale Rotlichtüberwachung erfolgt nicht.

3. *Nach Umsetzung der Variante B erfolgt am Ende jedes Jahres eine Evaluation der tatsächlichen Entwicklung der Verkehrsüberwachung.“*

Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung):

zu 1.: 8 / 2 / 0

zu 2.: 8 / 2 / 0

zu 3.: 9 / 1 / 0

6. Anfragen

6.1. Mündliche Anfragen

6.1.1. Ratsherr Köster spricht ein Schreiben des Schülerrats der Gaußschule bzgl. der dortigen Heizungsanlage an. Frau Springhorn erklärt, dass die Situation vor Ort überprüft worden sei und die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen auf dieses Jahr vorgezogen werden. Die im Publikum anwesenden Vertreter des Schülerrats plädieren für eine Gesamtsanierung, einschließlich Fassadensanierung. Stadtbaudirektor Leuer erläutert unter Bezug auf das Schulsanierungsprogramm, dass eine entsprechende Gesamtsanierung nicht bereits in 2017 möglich wäre; es sei daher sinnvoll, die Arbeiten an der Heizungsanlage vorzuziehen.

6.1.2. Ratsherr Köster fragt, ob es bereits eine Rückmeldung zum Thema Notfallbänke am Mittellandkanal gebe. Dies ist nicht der Fall. Herr Benscheidt wird bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung nachfragen.

6.1.3. Ratsherr Jenzen fragt, wann die Container an der Grundschule Waggum aufgestellt werden. Frau Springhorn erklärt, dass dies noch in diesem Jahr erfolge; ein konkreter Termin stehe jedoch noch nicht fest.

6.1.4. Ratsherr Jenzen fragt, ob zur Erreichbarkeit der Freiwilligen Feuerwehr Bevenrode die Anlage eines Fuß-/Radweges geplant sei. Herr Benscheidt berichtet, dass entsprechende Planungen vorliegen und in Kürze den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

6.1.5. Bürgermitglied Nordheim nimmt Bezug auf die Baustelle im Bereich Hornbach / Fabrikstraße bzw. anschließend daran und fragt, was dort gebaut werde.

Protokollnotiz:

Es handelt sich um den Neubau einer Hauptverwaltung und Werkstätten der Lebenshilfe Braunschweig e.V.

6.1.6. Ratsherr Kühn fragt nach dem aktuellen Stand der Container-Aufstellung an der Grundschule Lindenbergsiedlung. Frau Springhorn erklärt, dass der Container Ende März in Betrieb gehen solle. Die Schule und die Betroffenen werden informiert.

6.1.7. Ratsherr Bader schildert, dass der stark frequentierte Fußgängerüberweg am Staatstheater vom Großen Haus in Richtung Kleines Haus abgenutzt und kaum noch sichtbar sei. Er bittet um möglichst kurzfristige Erneuerung. Die Verwaltung wird sich dem Anliegen annehmen.

Die Sitzung endet um 16:29 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Hellemann
- Schriftführung -